

Katholische
Kirchgemeinde Luzern

Geschäftsreglement des Grossen Kirchenrats

vom 13. Mai 2009



Katholische Kirche
Luzern

Inhaltsverzeichnis

I.	Organisation	5
Art. 1	Präsidium des Grossen Kirchenrats, Stellvertretungen	5
Art. 2	Büro	5
Art. 3	Fraktionen	6
Art. 4	Kommissionen	6
Art. 5	Ratssekretärin, Ratssekretär	6
Art. 6	Wahlen	6
Art. 7	Sachgeschäfte	7
Art. 8	Vergütungen	8
II.	Führungsinstrumente des Grossen Kirchenrats	8
	A. Controllinginstrumente	8
Art. 9	Gesamtplanung	8
Art. 10	Finanz- und Aufgabenplan	8
Art. 11	Jahresprogramm und Voranschlag	9
Art. 12	Kontrolle und Steuerung	9
	B. Controlling-Kommission	9
Art. 13	Allgemeines	9
Art. 14	Prüfung der Gesamtplanung	10
Art. 15	Prüfung der Berichterstattung	10
Art. 16	Weitere Geschäfte	11
Art. 17	Einberufung der Sitzungen	11
Art. 18	Durchführung der Sitzungen, Beschlussfassung	11
	C. Parlamentarische Vorstösse	12
Art. 19	Einreichung, Vorprüfung	12
Art. 20	Anfrage	12
Art. 21	Bemerkungen	12
Art. 22	Postulat	12
Art. 23	Motion	13
Art. 24	Dringliche parlamentarische Vorstösse	13
Art. 25	Kontrolle, Erledigung der parlamentarischen Vorstösse	13
III.	Allgemeine Verfahrensordnung	14
	D. Grundsätze für die Mitglieder des Grossen Kirchenrats	14
Art. 26	Freies Mandat	14
Art. 27	Ausstandsgründe	14

E. Sitzungen	14
Art. 28 Konstituierende Sitzung des Grossen Kirchenrats	14
Art. 29 Amtseid oder Amtsgelübde	14
Art. 30 Einberufung	14
Art. 31 Traktandenliste	15
Art. 32 Teilnahmepflicht	15
Art. 33 Verhandlungs- und Beschlussfähigkeit	15
Art. 34 Öffentlichkeit der Verhandlungen	15
F. Diskussionsordnung	16
Art. 35 Beratungsgrundlage	16
Art. 36 Beratung der Vorlage	16
Art. 37 Reihenfolge der Worterteilung	16
Art. 38 Voten	16
Art. 39 Ordnungsantrag	17
Art. 40 Rückkommensantrag	17
Art. 41 Protokoll	17
Art. 42 Protokollerklärung	17
G. Abstimmungsverfahren	18
Art. 43 Einleitung der Abstimmung	18
Art. 44 Abstimmungsregeln	18
Art. 45 Abstimmung	18
Art. 46 Abstimmung durch Namensaufruf	18
H. Wahlverfahren	19
Art. 47 Wahlverfahren	19
Art. 48 Wahl	19
Art. 49 Ergänzende Vorschriften	19
I. Sonderbestimmungen für einzelne Geschäftsarten	19
Art. 50 Entscheidungen von Sachgeschäften	19
Art. 51 Genehmigungen	20
Art. 52 Kenntnissnahmen	20
J. Verfahren bei Initiativen und Referenden	20
Art. 53 Grundsatz	20
Art. 54 Verfahren bei Initiativen	20
Art. 55 Gemeinsame Vorschriften für Initiative und Referendum	21
IV. Schlussbestimmung	21
Art. 56 Aufhebung bisherigen Rechts	21
Art. 57 In-Kraft-Treten	21

Geschäftsreglement des Grossen Kirchenrats Luzern vom 13. Mai 2009

Der Grosse Kirchenrat Luzern,

gestützt auf Art. 22 lit. a in Verbindung mit Art. 17 Abs. 1 Ziff. 1 lit. a der Gemeindeordnung der Römisch-Katholischen Kirchengemeinde Luzern vom 25. Oktober 2009,

beschliesst:

I. Organisation

Art. 1 Präsidium des Grossen Kirchenrats, Stellvertretungen

¹ Die Ratspräsidentin oder der Ratspräsident haben insbesondere folgende Aufgaben:

- a. Einberufung des Grossen Kirchenrats nach Rücksprache mit der Präsidentin oder dem Präsidenten des Kirchenrats;
- b. Festlegung der Traktandenliste nach Rücksprache mit der Ratssekretärin oder dem Ratssekretär;
- c. Leitung der Verhandlungen des Grossen Kirchenrats und des Büros;
- d. Vertretung des Grossen Kirchenrats nach aussen;
- e. Weitere Aufgaben nach dem Geschäftsreglement.

² Die Vizepräsidentin oder der Vizepräsident des Grossen Kirchenrats vertritt die Ratspräsidentin oder den Ratspräsidenten bei ihrer oder seiner Verhinderung.

³ Bei Verhinderung des Präsidiums und des Vizepräsidiums übernimmt das anwesende Mitglied, das zuletzt Ratspräsidentin oder Ratspräsident war, die Stellvertretung.

Art. 2 Büro

¹ Das Büro setzt sich wie folgt zusammen:

- a. Ratspräsidentin oder Ratspräsident;
- b. Vizepräsidentin oder Vizepräsident des Grossen Kirchenrats;
- c. Präsidentin oder Präsident der Controlling-Kommission;
- d. Präsidentin oder der Präsident jeder Fraktion.

² Die Präsidentin oder der Präsident des Kirchenrats und die Ratssekretärin oder der Ratssekretär nehmen mit beratender Stimme an den Sitzungen teil. Die Ratspräsidentin oder der Ratspräsident kann bei Bedarf weitere Personen einladen.

³ Das Büro hat folgende Aufgaben:

- a. Information und Koordination zwischen der Ratspräsidentin oder dem Ratspräsidenten, den Fraktionen, den Kommissionen, dem Kirchenrat und der Geschäftsführung;
- b. Zuweisung von Vorlagen an Kommissionen; Antrag auf Bestellung von nicht ständigen Kommissionen;
- c. Vorberatung von Geschäften anstelle von Kommissionen;
- d. Entscheid bei Unklarheiten betreffend Form, Art und Zulässigkeit von parlamentarischen Vorstössen (Art. 19).

⁴ Der Grosse Kirchenrat kann dem Büro weitere Aufgaben übertragen.

Art. 3 Fraktionen

¹ Eine Fraktion besteht aus mindestens drei Mitgliedern.

² Ein Ratsmitglied darf nur einer Fraktion angehören.

³ Die Fraktionen haben ihre Konstituierung der Ratspräsidentin oder dem Ratspräsidenten zuhanden des Grossen Kirchenrats mitzuteilen.

Art. 4 Kommissionen

¹ Die Controlling-Kommission (Art. 13 bis Art. 18) ist eine ständige Kommission des Grossen Kirchenrats.

² Der Grosse Kirchenrat kann weitere ständige oder nicht ständige Kommissionen bestellen. Die Aufgaben, Kompetenzen und Verantwortung sowie die Organisation und das Controlling werden in den Kommissionsaufträgen geregelt.

Art. 5 Ratssekretärin, Ratssekretär

¹ Die Ratssekretärin oder der Ratssekretär führt das Sekretariat des Grossen Kirchenrats.

² Sie oder er untersteht der Ratspräsidentin oder dem Ratspräsidenten. Sie oder er ist verantwortlich für das Protokoll sowie für den Weibel- und Ordnungsdienst.

³ Sie oder er nimmt an den Sitzungen des Grossen Kirchenrats und des Büros mit beratender Stimme teil.

Art. 6 Wahlen

¹ Der Grosse Kirchenrat wählt für eine Amtsdauer von zwei Jahren:

- a. das Präsidium und das Vizepräsidium des Grossen Kirchenrats;
- b. zwei Stimmzählende;
- c. zwei Ersatz-Stimmzählende.

Bei den Wahlen sind die im Grossen Kirchenrat vertretenen Gruppierungen angemessen zu berücksichtigen.

² Der Grosse Kirchenrat wählt für eine Amtsdauer von vier Jahren:

- a. Präsidentin oder Präsident des Kirchenrats;
- b. Kirchmeierin oder Kirchmeier;
- c. Ratssekretärin oder Ratssekretär;
- d. das Präsidium und die Mitglieder der Controlling-Kommission;
- e. die Mitglieder der weiteren parlamentarischen Kommissionen;
- f. Delegierte in Gemeinde- und Zweckverbände;
- g. Mitglieder des Urnenbüros;
- h. Pfarrer oder die oder der Gemeindeleitende, die oder der Mitglied des Kirchenrats ist, sofern die Wahl nicht durch die Pfarrer und/oder die Gemeindeleitenden selber erfolgt (Art. 25 Gemeindeordnung, § 88 Abs. 2 Kirchenverfassung).

³ Der Grosse Kirchenrat wählt die Pfarrer und die Gemeindeleitenden, soweit dieses Recht der Kirchgemeinde zusteht. Steht ihr das Wahlrecht nicht zu, begründet und erneuert der Grosse Kirchenrat das Dienstverhältnis der Pfarrer und Gemeindeleitenden.

⁴ Der Grosse Kirchenrat bezeichnet die Revisionsstelle für eine Amtsdauer von zwei Jahren.

⁵ Wiederwahl beziehungsweise die Erneuerung des Auftrags sind möglich.

Art. 7 Sachgeschäfte

¹ Der Grosse Kirchenrat entscheidet über folgende Sachgeschäfte:

1. Rechtsetzung
 - a. Erlass und Änderung von Gemeindeordnung und Reglementen;
 - b. die Behandlung von Initiativen;
 - c. Genehmigung rechtsetzender Verträge und von Verträgen zur Übertragung von hoheitlichen Befugnissen an Dritte, sofern diese Befugnis nicht in einem Rechtssatz dem Kirchenrat übertragen ist;
 - d. Genehmigung von öffentlich-rechtlichen Verträgen und Stellungnahmen zu den Entwürfen der Synodalbeschlüsse über Fusion, Teilung oder Veränderung des Gemeindegebiets (§§ 70 ff. des Kirchgemeindeggesetzes).
 - e. die Bestimmung der Mitgliederzahl des Kirchenrats.
2. Kreditbewilligungen
 - a. Beschlüsse über den Voranschlag;
 - b. Beschlüsse über Nachtrags-, Sonder- und Zusatzkredite.
3. Finanzgeschäfte
 - a. Festsetzung des Kirchensteuerfusses;
 - b. Genehmigung der Kirchgemeindefinanzrechnung einschliesslich des Antrags des Kirchenrats zur Verwendung eines allfälligen Ertragsüberschusses;
 - c. Genehmigung der Abrechnungen über Sonder- und Zusatzkredite;
 - d. Bewilligung der Zweckumwandlung von Gemeindevermögen;
 - e. Ermächtigung zur Aufnahme von Darlehen und zur Errichtung von Grundpfandrechten auf Grundstücken des Finanzvermögens.

4. Weitere Finanzgeschäfte, sofern der Geschäftswert den Betrag von zehn Prozent des budgetierten Ertrags der Kirchensteuer übersteigt:
 - a. Erwerb und Veräusserung von Grundstücken sowie Einräumung von Kaufsrechten zugunsten Dritter an Kirchengemeindegrundstücken ausser bei Landabtretungen zugunsten öffentlicher Werke im Enteignungsverfahren;
 - b. Erwerb und Einräumung von selbständigen und dauernden Baurechten ausser im Enteignungsverfahren;
 - c. Ermächtigung zum Abschluss von Konzessionsverträgen;
 - d. Leistung von freibestimmbaren Bürgschaften und Eventualverpflichtungen.
5. Finanz- und Sachgeschäfte kirchlicher Stiftungen gemäss § 65 des Kirchengemeindeggesetzes.

² Beschlüsse über Geschäfte gemäss § 18 Abs. 3 des Kirchengemeindeggesetzes bedürfen der Genehmigung des Synodalrats, sofern deren Wert den Ertrag von 30 Prozent des jährlichen Ertrags der Kirchensteuer übersteigt.

Art. 8 Vergütungen

Der Grosse Kirchenrat setzt die den Mitgliedern des Grossen Kirchenrats, des Kirchenrates und der Kommissionen zu leistenden Vergütungen fest.

II. Führungsinstrumente des Grossen Kirchenrats

A. Controllinginstrumente

Art. 9 Gesamtplanung

¹ Die Gesamtplanung dient der politischen und strategischen Steuerung der Kirchengemeinde durch den Grossen Kirchenrat. Sie besteht aus dem Finanz- und Aufgabenplan sowie aus dem Jahresprogramm und dem Voranschlag.

² Die Instrumente der Gesamtplanung

- a. werden jährlich überarbeitet,
- b. sind koordiniert (Finanz- und Aufgabenplanung, kurz- und mittelfristige Planung).

Art. 10 Finanz- und Aufgabenplan

¹ Der Aufgabenplan enthält:

- a. die Darstellung der politisch und/oder finanziell erheblichen Ziele, die in den nächsten fünf Jahren erreicht werden sollen,
- b. die Zusammenfassung der wichtigsten Zahlen des Finanzplans,

- c. die Beurteilung der finanziellen Tragbarkeit der Vorschläge im Hinblick auf eine gesunde Entwicklung des Finanzhaushalts, unter Berücksichtigung der von der Landeskirche vorgegebenen Finanzkennzahlen.

² Der Finanzplan enthält einen Überblick über die geplante finanzielle Entwicklung der Kirchengemeinde in den nächsten fünf Jahren mit den geplanten Ergebnissen der

- a. laufenden Rechnung,
- b. Investitionsrechnung.

Art. 11 Jahresprogramm und Voranschlag

¹ Das Jahresprogramm enthält:

- a. die Darstellung der im folgenden Jahr zu erreichenden, politisch und/oder finanziell erheblichen Ziele,
- b. die Zusammenfassung der wichtigsten Zahlen des Voranschlags mit einem Kurzkomentar, politisch erhebliche Veränderungen gegenüber dem Vorjahr.

² Der Voranschlag wird nach den Vorgaben der Landeskirche ausgestaltet.

Art. 12 Kontrolle und Steuerung

¹ Die Berichterstattung des Kirchenrats dient der politischen und strategischen Kontrolle und Steuerung der Kirchengemeinde durch den Grossen Kirchenrat. Sie besteht aus dem Jahresbericht und der Jahresrechnung.

² Der Jahresbericht beinhaltet einen Ist-Soll-Vergleich mit folgenden Aussagen:

- a. Stand der Erreichung jedes im Jahresprogramm gesetzten Ziels;
- b. Zusammenfassung der wichtigsten Zahlen der Jahresrechnung;
- c. Begründung politisch erheblicher Abweichungen vom Voranschlag und vom Jahresprogramm;
- d. Beurteilung des Rechnungsabschlusses im Hinblick auf die gesunde finanzielle Entwicklung des Finanzhaushalts, unter Berücksichtigung des Finanzplans und der von der Landeskirche vorgegebenen Finanzkennzahlen;
- e. Informationen über die vom Kirchenrat eingeleiteten Korrekturmassnahmen, bzw. allfällige Anträge für Korrekturmassnahmen im Kompetenzbereich des Grossen Kirchenrats.

³ Die Jahresrechnung wird nach den Vorgaben der Landeskirche ausgestaltet.

B. Controlling-Kommission

Art. 13 Allgemeines

¹ Die Controlling-Kommission besteht aus einer Präsidentin oder einem Präsidenten und aus vier weiteren Mitgliedern. Es wird eine angemessene Vertretung der verschiedenen Fachkompetenzen und der im Grossen Kirchenrat vertretenen Gruppierungen angestrebt.

² Die Controlling-Kommission begleitet den parlamentarischen Controllingprozess, der zwischen dem Grossen Kirchenrat und dem Kirchenrat besteht. Gegenstand des parlamentarischen Controlling sind die Tätigkeiten des Kirchenrats bei der Führung der Kirchgemeinde (Planung, Entscheid, Kontrolle, Steuerung).

³ Nicht unmittelbar Gegenstand des parlamentarischen Controlling sind die Tätigkeiten der Geschäftsstelle bzw. das betriebliche Controlling.

Art. 14 Prüfung der Gesamtplanung

¹ Die Controlling-Kommission prüft die Gesamtplanung des Kirchenrats aufgrund folgender Kriterien:

- a. Aufgabenplan, Jahresprogramm (Sachplanung):
 - Vereinbarkeit der Ziele im Jahresprogramm mit den mittelfristigen Zielen im Finanz- und Aufgabenplan,
 - Kohärenz und Vollständigkeit der Ziele,
- b. Finanzplan, Voranschlag und Antrag für den Steuerfuss (Finanzplanung):
 - finanzielle Vertretbarkeit,
 - Einhaltung der Finanzkennzahlen der Kirchgemeinde,
- c. Übereinstimmung von Sach- und Finanzplanung.

² Die Controlling-Kommission verfasst einen Bericht mit ihren Anträgen auf Gutheissung oder Ablehnung des Voranschlags und des Steuerfusses.

³ Der Bericht der Controlling-Kommission kann auch weitere Prüfungsergebnisse enthalten und Vorschläge machen für die Ausgestaltung der nächsten Planungsunterlagen (Finanz- und Aufgabenplan, Voranschlag, Jahresprogramm).

⁴ Die Controlling-Kommission stellt ihren Bericht dem Kirchenrat und dem Grossen Kirchenrat bis spätestens vier Wochen vor der Herbstsitzung zu.

Art. 15 Prüfung der Berichterstattung

¹ Die Controlling-Kommission prüft die Berichterstattung des Kirchenrats aufgrund folgender Kriterien:

- a. Jahresrechnung:
 - Übereinstimmung mit dem Voranschlag,
- b. Jahresbericht:
 - Erreichung der im Jahresprogramm festgesetzten Ziele,
- c. Bei wesentlichen Zielabweichungen:
 - Nachvollziehbarkeit der Begründung allfälliger Abweichungen,
 - Wirkung der vom Kirchenrat getroffenen Korrekturmassnahmen.

² Die Controlling-Kommission verfasst ihren Bericht und kann darin Vorschläge machen für die Ausgestaltung der nächsten Planungsunterlagen (Finanz- und Aufgabenplan, Voranschlag, Jahresprogramm).

³ Die Controlling-Kommission stellt ihren Bericht dem Kirchenrat und dem Grossen Kirchenrat bis spätestens vier Wochen vor der Frühjahrssitzung zu.

Art. 16 Weitere Geschäfte

Die Controlling-Kommission behandelt folgende Sachgeschäfte:

- a. Vorprüfung von Geschäften, die ihr vom Büro zugewiesen worden sind (Art. 2 Abs. 3 lit. b), zuhanden des Grossen Kirchenrats;
- b. Beratung von Geschäften, in denen sie vom Kirchenrat konsultiert worden ist.

Art. 17 Einberufung der Sitzungen

¹ Die Sitzungen der Controlling-Kommission finden statt:

- a. im Herbst: Behandlung der Gesamtplanung des Kirchenrats (Finanz- und Aufgabenplan, Voranschlag und Jahresprogramm) und des Steuerfusses,
- b. im Frühjahr: Behandlung der Berichterstattung des Kirchenrats (Jahresrechnung, Jahresbericht),
- c. bei Bedarf auf Einladung der Präsidentin oder des Präsidenten der Controlling-Kommission.

² Die Sitzungen werden von der Präsidentin oder vom Präsidenten der Controlling-Kommission einberufen. Die Einladung und die Traktandenliste werden den Mitgliedern spätestens zwei Wochen, allfällige Unterlagen zur Vorbereitung spätestens fünf Tage vor der Sitzung zugestellt.

Art. 18 Durchführung der Sitzungen, Beschlussfassung

¹ Die Präsidentin oder der Präsident der Controlling-Kommission oder bei Verhinderung eine Vertretung leitet die Sitzungen.

² Die zuständigen Mitglieder des Kirchenrats und die Geschäftsführung nehmen in der Regel an den Sitzungen mit beratender Stimme teil.

³ Die Controlling-Kommission ist beschlussfähig, wenn mindestens drei Mitglieder anwesend sind.

⁴ Beschlüsse kommen mit der Mehrheit der abgegebenen Stimmen zustande. Die Präsidentin oder der Präsident der Controlling-Kommission hat den Stichtscheid. Im Übrigen richtet sich die Beschlussfassung sinngemäss nach den allgemeinen Vorschriften für den Grossen Kirchenrat.

⁵ Zirkularbeschlüsse können mit schriftlicher Zustimmung aller Mitglieder getroffen werden.

⁶ Alle Beschlüsse werden protokolliert. Die Protokolle werden an der nächsten Sitzung zur Genehmigung vorgelegt.

C. **Parlamentarische Vorstösse**

Art. 19 Einreichung, Vorprüfung

¹ Die parlamentarischen Vorstösse sind der Ratssekretärin oder dem Ratssekretär schriftlich einzureichen. Die Ratspräsidentin oder der Ratspräsident und die Ratssekretärin oder der Ratssekretär prüfen die Zulässigkeit des Vorstosses. Unzulässig sind Vorstösse, die nicht die richtige Form aufweisen oder die rechtswidrig oder eindeutig undurchführbar sind. Allfällige Probleme sind mit der erst unterzeichnenden Person direkt zu bereinigen. Gelingt dies nicht, entscheidet das Büro über die Zulässigkeit des Vorstosses.

² Die Ratssekretärin oder der Ratssekretär leitet die zulässigen parlamentarischen Vorstösse den Mitgliedern des Grossen Kirchenrats zu.

Art. 20 Anfrage

¹ Jedes Mitglied kann mit einer Anfrage über jeden Gegenstand der Tätigkeit der Kirchgemeinde Auskunft verlangen.

² Der Kirchenrat beantwortet die Anfrage in der Regel schriftlich und stellt die Antwort jedem Mitglied des Grossen Kirchenrats zu.

³ Hat die Fragestellerin oder der Fragesteller die Behandlung im Grossen Kirchenrat in der Anfrage ausdrücklich verlangt, wird diese für eine der nächsten Sitzungen traktandiert.

⁴ An der betreffenden Sitzung kann die Fragestellerin oder der Fragesteller kurz erklären, ob sie oder er von der erhaltenen Antwort befriedigt ist oder nicht.

⁵ Eine Diskussion findet statt, wenn sie beantragt und vom Grossen Kirchenrat beschlossen wird.

Art. 21 Bemerkungen

¹ Bemerkungen sind kurze Feststellungen, Anregungen oder weitere Vorbringen zu Geschäften, deren Inhalt der Grosse Kirchenrat nur zur Kenntnis nehmen oder genehmigen (Art. 51, Art. 52), nicht aber inhaltlich verändern (Art. 50) kann.

² Jedes Mitglied kann vor oder während der Behandlung des Geschäfts beantragen, dass der Grosse Kirchenrat eine Bemerkung beschliesst.

³ Wird die Bemerkung vom Grossen Kirchenrat beschlossen, informiert der Kirchenrat über deren Behandlung im nächsten Jahresbericht.

Art. 22 Postulat

¹ Jedes Mitglied kann den Kirchenrat mit einem Postulat um die Prüfung eines Gegenstands der Tätigkeit der Kirchgemeinde ersuchen.

² Der Kirchenrat beantragt Annahme oder Ablehnung des Postulats in der Regel schriftlich. Er begründet seinen Antrag.

³ Das Postulat ist für eine der nächsten Sitzungen des Grossen Kirchenrats zu traktandieren.

⁴ An der betreffenden Sitzung kann die Postulantin oder der Postulant Stellung nehmen. Eine weitere Diskussion findet statt, wenn sie beantragt und vom Grossen Kirchenrat beschlossen wird.

⁵ Der Grosse Kirchenrat beschliesst, ob er das Postulat ablehnen oder überweisen will. Wird das Postulat überwiesen und kann die Angelegenheit nicht sofort geregelt werden, nimmt der Kirchenrat die geforderte Prüfung vor und erstattet dem Grossen Kirchenrat innert 18 Monaten darüber einen schriftlichen Bericht.

Art. 23 Motion

¹ Jedes Mitglied kann mit einer Motion einen Antrag zu einem nicht zur Beratung stehenden Geschäft im Kompetenzbereich des Grossen Kirchenrats oder der Stimmberechtigten stellen.

² Der Kirchenrat beantragt Annahme oder Ablehnung der Motion in der Regel schriftlich und begründet seinen Antrag.

³ Die Motion ist für eine der nächsten Sitzungen des Grossen Kirchenrats zu traktandieren.

⁴ An der betreffenden Sitzung kann die Motionärin oder der Motionär Stellung nehmen. Eine weitere Diskussion findet statt, wenn sie beantragt und vom Grossen Kirchenrat beschlossen wird.

⁵ Der Grosse Kirchenrat beschliesst, ob er die Motion ablehnen oder erheblich erklären will. Wird die Motion erheblich erklärt, und kann die Angelegenheit nicht sofort geregelt werden, hat der Kirchenrat dem Grossen Kirchenrat innert 18 Monaten einen Bericht und Antrag zu unterbreiten.

⁶ Die Motionärin oder der Motionär kann die Motion ganz oder teilweise zurückziehen oder sie in ein Postulat umwandeln.

Art. 24 Dringliche parlamentarische Vorstösse

Der Grosse Kirchenrat kann Postulate und Motionen behandeln, auch wenn sie nicht traktandiert sind, sofern der Grosse Kirchenrat mit mindestens zwei Dritteln der anwesenden Mitglieder die Dringlichkeit beschliesst.

Art. 25 Kontrolle, Erledigung der parlamentarischen Vorstösse

¹ Der Kirchenrat informiert den Grossen Kirchenrat periodisch über die hängigen parlamentarischen Vorstösse.

² Der Grosse Kirchenrat schreibt erledigte oder gegenstandslose Vorstösse ab.

III. Allgemeine Verfahrensordnung

D. Grundsätze für die Mitglieder des Grossen Kirchenrats

Art. 26 Freies Mandat

Die Mitglieder des Grossen Kirchenrats stimmen ohne Instruktion nach ihrem freien Entschluss.

Art. 27 Ausstandsgründe

¹ Bei Sachgeschäften, welche bestimmte natürliche oder juristische Personen betreffen, gelten für die Mitglieder sinngemäss die Ausstandsgründe gemäss § 12 des Kirchengemeindeggesetzes.

² Bei Geschäften, welche Gemeinwesen, andere öffentlich-rechtliche Organisationen oder einen allgemein umschriebenen Personenkreis betreffen, namentlich bei rechtsetzenden Beschlüssen, besteht keine Ausstandspflicht.

E. Sitzungen

Art. 28 Konstituierende Sitzung des Grossen Kirchenrats

¹ Der Kirchenrat beruft die konstituierende Sitzung des Grossen Kirchenrats ein.

² Das älteste Mitglied des Grossen Kirchenrats eröffnet die Sitzung. Es ernennt zwei provisorische Stimmenzählende und leitet die Sitzung bis zur Wahl der Ratspräsidentin oder des Ratspräsidenten.

Art. 29 Amtseid oder Amtsgelübde

Die Mitglieder des Grossen Kirchenrats legen in der konstituierenden Sitzung vor dem Beginn der Verhandlungen vor der Synodalverwalterin oder vor dem Synodalverwalter den Eid oder das Gelübde ab. Später in den Rat eintretende Mitglieder legen den Eid oder das Gelübde vor versammeltem Rat ab.

Art. 30 Einberufung

¹ Der Grossen Kirchenrat versammelt sich auf Einladung der Ratspräsidentin oder des Ratspräsidenten, so oft es die Umstände erfordern. Mindestens zehn Mitglieder des Grossen Kirchenrats oder der Kirchenrat können von der Ratspräsidentin oder vom Ratspräsidenten die Durchführung einer Parlamentssitzung verlangen.

² Die Einladung ist den Mitgliedern mindestens drei Wochen vor der Sitzung zuzustellen. Sie enthält Angaben über Zeit und Ort der Parlamentssitzung, die Traktandenliste, die erforderlichen Akten und ein Verzeichnis der weiteren, auf der Geschäftsstelle aufgelegten Akten. Die Einladung wird im Publikationsorgan der Kirchgemeinde veröffentlicht.

³ Die Ratspräsidentin oder der Ratspräsident legt die ordentlichen Sitzungen nach Rücksprache mit der Präsidentin oder dem Präsidenten des Kirchenrates mindestens ein Jahr im Voraus fest.

Art. 31 Traktandenliste

¹ Die Ratspräsidentin oder der Ratspräsident bestimmt nach Rücksprache mit der Ratssekretärin oder dem Ratssekretär die Traktandenliste.

² Der Grosse Kirchenrat kann die Traktandenliste durch einen Mehrheitsbeschluss ändern. Geschäfte, die auf der Traktandenliste nicht verzeichnet sind, dürfen nur behandelt werden, wenn mindestens zwei Drittel der anwesenden Mitglieder zustimmen. Vorbehalten bleiben die Vorschriften über die dringliche Behandlung von parlamentarischen Vorstössen (Art. 24).

Art. 32 Teilnahmepflicht

¹ Die Mitglieder sind verpflichtet, an den Sitzungen des Grossen Kirchenrats teilzunehmen und sich in die Präsenzliste einzutragen.

² Ist ein Mitglied an der Teilnahme verhindert, hat es sich vor der Sitzung, spätestens aber am folgenden Tag, bei der Geschäftsstelle zuhanden der Ratspräsidentin oder des Ratspräsidenten zu entschuldigen.

Art. 33 Verhandlungs- und Beschlussfähigkeit

Der Grosse Kirchenrat ist verhandlungs- und beschlussfähig, wenn die Mehrheit der Mitglieder anwesend ist.

Art. 34 Öffentlichkeit der Verhandlungen

¹ Die Verhandlungen des Grossen Kirchenrats sind öffentlich.

² Die Vertretungen der regionalen Medien werden zu den Ratsverhandlungen schriftlich eingeladen. Bild- und Tonaufzeichnungen dürfen nur mit Zustimmung der Ratspräsidentin oder des Ratspräsidenten gemacht werden.

³ Der Grosse Kirchenrat kann aus wichtigen öffentlichen oder schutzwürdigen privaten Interessen durch einen Mehrheitsbeschluss den Ausschluss der Öffentlichkeit beschliessen.

F. Diskussionsordnung

Art. 35 Beratungsgrundlage

¹ Der Kirchenrat unterbreitet dem Grossen Kirchenrat seine Anträge in der Form eines «Bericht und Antrag». Er begründet seine Anträge und weist auf die finanziellen und personellen Folgen hin. Er legt die Übereinstimmung mit der Gesamtplanung (Finanz- und Aufgabenplan, Jahresprogramm und Voranschlag) dar.

² Grundlage für die Beratung des Grossen Kirchenrats ist der Text des «Bericht und Antrag».

Art. 36 Beratung der Vorlage

¹ Zuerst wird über das Eintreten oder das Nichteintreten beschlossen. Das Nichteintreten kann wie folgt begründet und entschieden werden:

- a. Rückweisung zur weiteren Überarbeitung,
- b. Verschiebung der Behandlung,
- c. Ablehnung des Antrags ohne weitere Behandlung.

² Ist Eintreten beschlossen, werden die Teile der Vorlage in der Detailberatung einzeln beraten.

³ Sachgeschäfte werden in der Regel einmal beraten. Der Grosse Kirchenrat kann eine zweite Beratung beschliessen.

Art. 37 Reihenfolge der Worterteilung

Die Ratspräsidentin oder der Ratspräsident erteilt das Wort in folgender Reihenfolge:

- a. einem oder mehreren Mitgliedern des Kirchenrats;
- b. einer allfälligen Kommissionsberichtersteratterin oder einem Kommissionsberichterstatter;
- c. einer allfälligen Sprecherin oder einem Sprecher jeder Fraktion;
- d. den übrigen Rednerinnen und Rednern in der Reihenfolge, in der sie sich zu Wort gemeldet haben.

Art. 38 Voten

¹ Die Rednerinnen und Redner respektieren die Regeln des parlamentarischen Anstandes. Sie sollen kurz und klar zum Beratungsgegenstand sprechen und zu bestimmten Anträgen oder Empfehlungen gelangen.

² Die Ratspräsidentin oder der Ratspräsident hat Rednerinnen und Redner, welche das Geschäftsreglement missachten, zur Ordnung zu rufen und ihnen, wenn sie den Ordnungsruf nicht befolgen, das Wort zu entziehen.

Art. 39 Ordnungsantrag

¹ Mit einem Ordnungsantrag kann ein Mitglied insbesondere das Nichteintreten auf ein Geschäft, dessen Verschiebung, eine bestimmte Form der Behandlung, die Beendigung der Diskussion, die Unterbrechung und Schliessung der Sitzung oder die korrekte Handhabung des Geschäftsreglements verlangen. Der Ordnungsantrag ist schriftlich oder durch den Zwischenruf «Ordnungsantrag» zu stellen.

² Wird von einem Mitglied ein Ordnungsantrag gestellt, wird darüber abgestimmt, bevor wieder zur Sache gesprochen wird. Wird der Schluss der Diskussion beantragt, dürfen vor der Abstimmung über diesen Ordnungsantrag noch jene Mitglieder zum Beratungsgegenstand sprechen, die vor der Antragsstellung das Wort verlangt haben.

Art. 40 Rückkommensantrag

Rückkommensanträge müssen spätestens vor der Schlussabstimmung gestellt werden.

Art. 41 Protokoll

¹ Im Protokoll werden festgehalten:

- a. die behandelten Geschäfte;
- b. die Namen der anwesenden sowie der entschuldigt oder unentschuldigt abwesenden Mitglieder des Grossen Kirchenrats und des Kirchenrats;
- c. die Namen der weiteren Teilnehmenden im Sinn von Art. 18 Abs. 2 der Gemeindeordnung;
- d. der Wortlaut der behandelten parlamentarischen Vorstösse;
- e. die Namen der Rednerinnen und Redner sowie der wesentliche Inhalt ihrer Voten;
- f. die Anträge, das Ergebnis der Abstimmungen und der Wortlaut der gefassten Beschlüsse;
- g. die Wahlvorschläge, der Ablauf und das Ergebnis der Wahlen;
- h. der Ausstand von Mitgliedern.

² Das Protokoll ist von der Ratspräsidentin oder vom Ratspräsidenten und von der Ratssekretärin oder vom Ratssekretär zu unterzeichnen und den Mitgliedern in der Regel innert Monatsfrist zu zustellen.

³ Einwendungen gegen das Protokoll sind innert 20 Tagen nach dessen Zustellung schriftlich bei der Ratspräsidentin oder beim Ratspräsidenten zu erheben. Über die Änderung des Protokolls entscheidet der Grosse Kirchenrat.

Art. 42 Protokollerklärung

Die Mitglieder des Grossen Kirchenrats und des Kirchenrates können zur Art der Geschäftsbehandlung oder zu einem Beschluss eine kurze Erklärung zu Protokoll geben.

G. Abstimmungsverfahren

Art. 43 Einleitung der Abstimmung

¹ Vor der Abstimmung gibt die Ratspräsidentin oder der Ratspräsident eine kurze Übersicht über die vorhandenen Anträge und legt dem Rat seine Vorschläge über die Fragestellung und die Reihenfolge der Abstimmungen vor. Allfällige Einwendungen gegen den Abstimmungsplan sind sofort zu erledigen.

² Die Anträge sind der Ratspräsidentin oder dem Ratspräsidenten schriftlich einzureichen.

Art. 44 Abstimmungsregeln

¹ Zuerst wird darüber abgestimmt, ob auf die Vorlage eingetreten wird.

² Ist Eintreten beschlossen, wird über allfällige Vorfragen (z. B. Trennung des Beratungsgegenstandes) abgestimmt.

³ In der Detailberatung wird über Änderungsanträge bzw. über den Hauptantrag nach folgender Reihenfolge abgestimmt:

- a. Zunächst werden die Änderungsanträge der einzelnen Mitglieder in umgekehrter Reihenfolge zur Antragsstellung einander gegenüber gestellt.
- b. Der gemäss lit. a obsiegende Änderungsantrag wird einem allfälligen Kommissionsantrag gegenüber gestellt.
- c. Der gemäss lit. b obsiegende Antrag wird dem Hauptantrag der Kirchenrats gegenübergestellt.

⁴ Am Ende der Detailberatung wird die Schlussabstimmung über das ganze Geschäft durchgeführt.

Art. 45 Abstimmung

¹ Es wird offen abgestimmt, sofern der Grosse Kirchenrat nicht durch einen Mehrheitsbeschluss eine geheime Abstimmung beschliesst.

² Die Ratspräsidentin oder der Ratspräsident stimmt nicht mit.

³ Die Beschlüsse werden mit der absoluten Mehrheit der gültigen Stimmen gefasst. Bei Stimmengleichheit wird eine zweite Abstimmung durchgeführt. Ergibt auch die zweite Abstimmung eine Stimmengleichheit, gibt die Ratspräsidentin oder der Ratspräsident den Stichentscheid.

Art. 46 Abstimmung durch Namensaufruf

¹ Auf Verlangen von mindestens zehn Mitgliedern wird die Abstimmung offen und unter Namensaufruf durchgeführt. Art. 45 Abs. 1 bleibt vorbehalten.

² Das Mitglied gibt seine Stimme nach dem Aufruf seines Namens ab. Die Namen der Stimmenden und deren Stimmabgabe werden im Protokoll festgehalten.

H. Wahlverfahren

Art. 47 Wahlverfahren

¹ Die Wahlen sind geheim, sofern der Grosse Kirchenrat nicht durch einen Mehrheitsbeschluss eine offene Abstimmung beschliesst.

² Die Ratspräsidentin oder der Ratspräsident wählt mit.

³ Vor jeder Wahl werden die anwesenden Mitglieder gezählt. Bis nach Beendigung des Wahlaktes darf kein Mitglied den Saal verlassen.

⁴ Die Stimmzählerinnen und Stimmzähler ermitteln das Wahlresultat unter Mitwirkung der Ratssekretärin oder des Ratssekretärs. Sie stellen die Zahl der eingelegten Stimmkarten fest. Übersteigt diese die Zahl der anwesenden Mitglieder, so ist der Wahlakt ungültig und zu wiederholen.

⁵ Das Wahlresultat wird durch die Ratspräsidentin oder den Ratspräsidenten eröffnet. Wird dagegen Einspruch erhoben, ist die Beanstandung von den Stimmzählerinnen und Stimmzählern nachzuprüfen. Der Grosse Kirchenrat entscheidet, ob der Wahlgang zu wiederholen ist.

Art. 48 Wahl

¹ Im ersten Wahlgang ist gewählt, wer das absolute Mehr erreicht. Erreichen mehr Kandidatinnen oder Kandidaten, als zu wählen sind, das absolute Mehr, sind jene gewählt, die am meisten Stimmen erhalten haben.

² Ergibt sich im ersten Wahlgang keine absolute Mehrheit, so entscheidet im zweiten Wahlgang das relative Mehr. Erreichen dabei zwei oder mehrere Kandidatinnen oder Kandidaten gleich viele Stimmen, entscheidet unter ihnen das Los.

Art. 49 Ergänzende Vorschriften

Soweit dieses Reglement die Gültigkeit der Stimmen und die Ermittlung der Wahlergebnisse nicht ordnet, sind die Vorschriften des Stimmrechtsgesetzes sinngemäss anwendbar.

I. Sonderbestimmungen für einzelne Geschäftsarten

Art. 50 Entscheidungen von Sachgeschäften

¹ Die Entscheidungen des Grossen Kirchenrats (rechtsetzende Erlasse, Kreditbeschlüsse, usw.) werden nach den Vorschriften der allgemeinen Verfahrensordnung dieses Reglements getroffen.

² Der Grosse Kirchenrat kann die Anträge, die ihm zur Entscheidung vorgelegt werden, annehmen oder ablehnen oder die Vorlage inhaltlich verändern.

Art. 51 Genehmigungen

Der Grosse Kirchenrat kann die Vorlagen, die ihm zur Genehmigung unterbreitet werden (Verträge, Jahresrechnung, Abrechnung von Sonder- und Zusatzkrediten usw.), nur genehmigen oder ablehnen. Er kann daran keine inhaltlichen Änderungen vornehmen.

Art. 52 Kenntnisnahmen

¹ Der Grosse Kirchenrat nimmt die ihm zur Kenntnisnahme unterbreiteten Vorlagen (Finanz- und Aufgabenplan, Jahresprogramm, Geschäftsbericht des Kirchenrats, Planungsberichte usw.) zur Kenntnis.

² Auf Antrag kann der Grosse Kirchenrat beschliessen:

- a. die ablehnende Kenntnisnahme;
- b. Bemerkungen zuhanden des Kirchenrats;
- c. verbindliche Vorgaben für die Ausgestaltung der nächsten Planungs- und Kontrollunterlagen.

³ Jedes Mitglied kann seine kurz gefassten, persönlichen Bemerkungen in einer Protokollerklärung anbringen. Parlamentarische Vorstösse bleiben vorbehalten.

J. Verfahren bei Initiativen und Referenden

Art. 53 Grundsatz

¹ Die Zulässigkeit und die Form der Volksbegehren sowie die Sammelfristen und die erforderlichen Unterschriftenzahlen richten sich nach der Gemeindeordnung.

² Subsidiär finden die §§ 20 bis 23 des Kirchgemeindegesetzes Anwendung, soweit diese nicht durch die nachfolgenden Bestimmungen präzisiert bzw. geändert werden.

Art. 54 Verfahren bei Initiativen

¹ Für die Initiativen gelten folgende Vorschriften:

- a. Der Kirchenrat stellt vor der Veröffentlichung der Initiative durch Entscheid fest, dass die Unterschriftenbogen den gesetzlichen Formvorschriften entsprechen.
- b. Der Grosse Kirchenrat entscheidet über die Gültigkeit der Initiative. Erweist sich diese als rechtswidrig oder eindeutig undurchführbar, erklärt er diese als ganz oder teilweise ungültig.
- c. Erweist sich die Initiative als gültig, wird sie den Stimmberechtigten zum Entscheid vorgelegt. Die Abstimmung muss innert Jahresfrist seit der Einreichung der Initiative stattfinden.
- d. Der Grosse Kirchenrat nimmt zur Initiative Stellung. Er kann den Stimmberechtigten die Initiative zur Annahme oder zur Ablehnung empfehlen. Er kann der Initiative einen Gegenvorschlag gegenüber stellen, der für den gleichen Gegenstand eine abweichende Lösung enthält.
- e. Solange die Volksabstimmung nicht angeordnet ist, können die auf den Unterschriftenbogen bezeichneten Personen das Begehren zurückziehen.

² Für die Initiative in der Form der Anregung gelten folgende Sonderbestimmungen:

- a. In der Regel bringt der Grosse Kirchenrat die Initiative in der von den Initiantinnen oder Initianten eingereichten Form der Anregung zur Abstimmung. Wird die Initiative angenommen, erarbeitet der Grosse Kirchenrat den ausführenden Beschluss und bringt diesen innert Jahresfrist seit der Annahme des nicht formulierten Textes zur Abstimmung.
- b. Der Grosse Kirchenrat kann stattdessen die Anregung aufnehmen, den entsprechenden Rechtssatz-Entwurf sofort ausarbeiten und den formulierten Text zur Abstimmung bringen.

Art. 55 Gemeinsame Vorschriften für Initiative und Referendum

Für die Initiativen und die Referenden gelten überdies folgende Bestimmungen:

- a. Ein Geschäft bedarf zu seiner Annahme in der Volksabstimmung der Zustimmung der Mehrheit der gültig Stimmberechtigten.
- b. Die Geschäftsführung bescheinigt die Stimmberechtigung der Unterzeichnenden.
- c. Der Kirchenrat erwahrt das formelle Zustandekommen der Initiative oder des Referendums.

IV. Schlussbestimmung

Art. 56 Aufhebung bisherigen Rechts

Die Geschäftsordnung des Grossen Kirchenrates der Katholischen Kirchengemeinde Luzern vom 23. Oktober 1984 wird aufgehoben.

Art. 57 In-Kraft-Treten

¹ Dieses Geschäftsreglement tritt am 1. Januar 2010 in Kraft.

² Es ist zu veröffentlichen und untersteht dem fakultativen Referendum.

Luzern, 13. Mai 2009

Namens des Grossen Kirchenrats

Der Ratspräsident: Bernhard Blättler

Der Ratssekretär: Peter Bischof

Das vorliegende Geschäftsreglement wurde vom Grossen Kirchenrat am 13. Mai 2009 einstimmig beschlossen.
Das Referendum wurde nicht ergriffen.

